



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/022/2009)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 02.12.2009
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:20 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks ab TOP 4

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden ab TOP 4

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Carl Friedrich Brüggemann für Frau Sandra Bockhöfer ||
ab TOP 4

Verwaltung

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hartmut Schubert

gleichzeitig Protokollführung

Herr Erich Buß

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Sandra Bockhöfer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18-11-2009 (XV/21)
- 3 Aufhebung des Beschlusses über den getrennten Nachweis von Verwaltungsvermögen und realisierbarem Vermögen
Vorlage: 1.20/XV/0854/2009
- 4 Aufhebung des Beschlusses über die Gründung eines optimierten Regiebetriebes für den städtischen Wohnungsbestand
Vorlage: 1.20/XV/0855/2009
- 5 2. Nachtragshaushalt 2009
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 23. Nov. 2009)
- 6 Haushalt 2010
 - Verwaltungshaushalt
 - Investitionsliste (Vermögenshaushalt)
- 7 Informationen
- 8 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18-11-2009 (XV/21)

Herr Foest wies darauf hin, dass entgegen dem Wortlaut im Protokoll auf Seite 11 oben sich seiner Ansicht nach das Defizit derzeit für 2010 auf rd. 22 Mio. € belaufen werde, sich aber nachher unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen wie z.B. der Haushaltssperre auf rd. 15 Mio. reduzieren werde.

Beschluss: (Einstimmig)

Die Niederschrift wird mit der eingebrachten Änderung genehmigt.

TOP 3 Aufhebung des Beschlusses über den getrennten Nachweis von Verwaltungsvermögen und realisierbarem Vermögen Vorlage: 1.20/XV/0854/2009

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Verwaltungsausschuss und dem Rat wird empfohlen, den Beschluss des Rates vom 15. Dezember 2005 über den getrennten Nachweis von Verwaltungsvermögen und realisierbarem Vermögen für die Vermögenstrennung bei Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach dem Neuen Kommunalen Rechnungswesen (NKR) aufzuheben.

TOP 4 Aufhebung des Beschlusses über die Gründung eines optimierten Regiebetriebes für den städtischen Wohnungsbestand Vorlage: 1.20/XV/0855/2009

Diesem Beschlussvorschlag, so Herr Foest, werde seine Fraktion gerne ihre Zustimmung erteilen, denn bereits vor zwei Jahren konnte die CDU-Fraktion zusammen mit der AWG und FDP den Beschluss zur Gründung des optimierten Regiebetriebes nicht verhindern. Seinerzeit war man gegen die Einführung eines optimierten Regiebetriebes für die städtischen Wohnungen, da dieser zusätzliche Kosten verursacht hätte; man habe sich statt dessen für den Verkauf rd. eines Drittels dieser Wohnungen an Banken und den Bauverein, die sich auf die Wohnungsvermarktung besser verstehen als die Stadt, ausgesprochen, wie sich beispielsweise an den höheren Standards und günstigeren Mieten des Bauvereins zeigt.

Für eine betriebswirtschaftliche Transparenz des Erfolges der städtischen Mietwohnungen sei es aber wichtig, dass dann der Teilhaushalt Gebäudemanagement nochmals zu unterteilen ist - einmal in städtische Mietwohnungen, zum anderen in Gebäude, die nicht zur Wohnnutzung gedacht sind, wie Schulen, Feuerwehrhäuser, Rathaus usw. Nur so sei eine klare Ergebnisrechnung für den städtischen Mietwohnbestand denkbar und die Ermittlung eines evtl. Überschusses möglich, der dann zur Instandhaltung reinvestiert werden könne.

Auch die SPD-Fraktion, so Herr Schmidt, werde dieser Beschlussvorlage zustimmen. Es sei richtig in der Vorlage dargestellt, dass sich mit der Einführung der Doppik die Einrichtung eines optimierten Regiebetriebes erübrigen werde. Eines der Hauptargumente für die Einführung des Regiebetriebes war die nicht vorhandene Transparenz. Durch die Doppik könne diese Transparenz genauso gut dargestellt werden wie durch einen Regiebetrieb. Entgegen der Aussage von Herrn Foest sei es für die SPD-Fraktion aber wichtig, zur Unterstützung einer gesunden Mietwohnstruktur für die Bürger an dem Bestand der Wohnungen in städtischer Hand festzuhalten.

Herr Dr. Dröge sprach sich für den optimierten Regiebetrieb aus, da aus seiner Sicht in einer eigenen Bilanz keine Verschiebungen der Finanzmittel im Vergleich zum Teilhaushalt möglich sein könnten.

Herr Sattler verwies hierzu auf die Vorlage, aus der sich klar ergeben würde, dass derartige Verschiebungen von Finanzmittel durch einen entsprechenden Beschluss vermieden werden sollen. Somit sei der Regiebetrieb nicht mehr nötig, da der Teilhaushalt hier alles abdecken könne.

Eine Spartenkostenrechnung – z.B. durch zwei getrennte Produkte in dem Teilhaushalt - , so der Bürgermeister, werde die Anforderungen der Politik an die Transparenz abdecken.

Herr Brüggemann sprach sich ebenfalls für eine Zustimmung zu der Vorlage aus. Der Teilhaushalt stelle eine schlankere, zukunftsorientierte Lösung dar; die Ergebnisse aus diesem Teilhaushalt müsse man dann entsprechend auswerten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Beschluss: (10 JA-Stimmen, 1 Enthaltung)

Dem Verwaltungsausschuss und dem Rat wird empfohlen, den Beschluss des Rates vom 11. Dezember 2008 zur Gründung eines optimierten Regiebetriebes für den städtischen Wohnungsbestand aufzuheben.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Umstellung auf die Doppik für das Gebäudemanagement einen Teilhaushalt zu bilden, dessen Erträge nicht in den Gesamthaushalt abfließen dürfen ohne besonderen Beschluss des Rates. Zu den städtischen Wohnungen sind die sonstigen städtischen Gebäude in den Teilhaushalt einzubeziehen

Für 2009 und 2010 sind im Vorfeld entsprechende Sachstandsberichte aus einer erweiterten Kostentransparenz für die städtischen Wohnungen in Form einer Zwischenbilanz vorzulegen.

TOP 5 2. Nachtragshaushalt 2009 (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 23. Nov. 2009)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, dem II. Nachtragsplan zuzustimmen und die II. Nachtragshaushaltssatzung 2009 in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

TOP 6 Haushalt 2010 - Verwaltungshaushalt - Investitionsliste (Vermögenshaushalt)

Der Bürgermeister informierte, dass die Verwaltung zum Haushalt 2010 noch einige Änderungen und Ergänzungen einarbeiten werde; so z.B. auch die Personalkosten.

Aufgrund der Anfrage von Herrn Mohr aus der letzten Sitzung erläuterte Herr Kellner die wesentlichen Bereiche, in denen für die Umstellung auf die Doppik Fremdleistungen in Anspruch genommen werden müssten. Hierzu zählen insbesondere die aufwendige Ermittlung des Infrastrukturvermögens. Einbezogene Leistungen, die in diesem Rahmen gleichzeitig auch für die Stadtwerke Leer, AöR verwendbar sein werden, könnten von dort zu Erstattungsleistungen führen.

Eine Auflistung über die NKR-Fremdleistungen werde man dem Protokoll beifügen (sh. Anlage 1). Die hier dargestellten Summen seien Schätzungen des Fachdienstes 1.20.

Herr Brüggemann bat die Verwaltung darum, eine überarbeitete Investitionsliste mit Vorschlägen seitens der Verwaltung dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister bestätigte, dass eine derartige Liste bereits in Arbeit sei. Zudem teilte er mit, dass der Landkreis Leer 250.000 € für die Erstellung von Schulparkplätzen der BBS von der Stadt Leer angefordert habe. Die seinerzeitigen Pla-

nungen sind überholt und das jetzige Projekt „Sanierung und Modernisierung der Berufsbildenden Schulen“ wird finanziert im Rahmen der Mittel aus der Kreisschulbaukasse. In dem 32 Mio. €-Paket seien Kosten für die Parkplätze bereits enthalten. Die Stadt Leer gedenke nicht, zusätzlich noch weitere 250.000 € zu leisten.

Herr Foest wies darauf hin, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II auch für Schulen – somit auch der BBS – gelten könnten. Soweit es hier zu Zahlungen gekommen sei, müsste man diese Mittel entsprechend umverteilen.

Die Stadt Leer werde, so Herr Kellner, sich an den Landkreis Leer wenden mit der Bitte zu erläutern, ob Mittel aus dem Konjunkturpaket II für Maßnahmen bewilligt worden seien.

Protokollanmerkung:

sh. in der Anlage 2 und 3:

- 1. Schreiben an den Landkreis Leer hinsichtlich der angeforderten 250 T€ vom 10. Dezember 2009 für die Stellplätze bei der BBS*
- 2. Antwort des Landkreises Leer vom 14. Dezember 2009 aufgrund der Anfrage der Stadt Leer zu der Inanspruchnahme von Mitteln für die BBS aus dem Konjunkturpaket II*

TOP 7 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 8 Anfragen

Da keine Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.16 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler
Schubert

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in